

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : F

Suggestion for Part III

By Ms / Mr : M Caspar EINEM

Status : Member

Artikel F: Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrags

(1) Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung **der Verfassung** vorlegen. Diese Entwürfe werden den einzelstaatlichen Parlamenten mitgeteilt.

Der Rat entscheidet, ob wegen des Umfangs oder der Bedeutung der vorgelegten Änderungsvorschläge ein Konvent, der sich aus Vertretern der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments, von Vertretern der Staats- und Regierungschefs sowie der Kommission zusammensetzt, zur Erarbeitung eines Verfassungstextes eingesetzt wird.

Gibt der Rat nach **Erarbeitung eines Änderungsvorschlages zur Verfassung durch den eingesetzten Konvent oder im Falle geringfügigerer Änderungen nach** Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an **der Verfassung** vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren. Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört.

(2) **Haben die Bürgerinnen und Bürger der Union mit der in Artikel 34 festgelegten Mehrheit ein Referendum über eine Änderung der Verfassung angenommen so ist das Ergebnis den einzelstaatlichen Parlamenten mitzuteilen.**

(3) Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

Explanation (if any) : Durch die hier vorgeschlagenen Änderungen soll einerseits die Konvents-Methode ausdrücklich als Möglichkeit für größere oder bedeutsamere Verfassungsänderungen im Verfassungstext eingeführt werden. Weiters soll der Entwicklung der EU zu einer Einrichtung, die zwei Legitimationsgrundlagen hat, Rechnung getragen werden: Verfassungsänderungen sollen einerseits – wie bisher – von Mitgliedstaaten oder der Kommission vorgeschlagen werden können und dann in einer Regierungskonferenz beraten und beschlossen oder durch eine Volksabstimmung beschlossen werden können. In beiden Fällen soll – vorläufig - auch eine nachfolgende Ratifizierung erforderlich bleiben.